

Antrag
der Abgeordneten der PDS

Kampfeinsätze der Bundeswehr

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, jegliche vorbereitende Aktivitäten zur Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen im ehemaligen Jugoslawien einzustellen bzw. zu unterlassen.

Bonn, den 22. Dezember 1994

Dr. Gregor Gysi für die weiteren Abgeordneten der PDS

Begründung

Für eine etwaige Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen oder anderer internationaler Organisationen bedarf es eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Ein solcher Beschluß existiert bezüglich der jetzt diskutierten Entsendung von Bundeswehr-Einheiten (Tornados etc.) nach Bosnien nicht. Bisherige Beschlüsse des Deutschen Bundestages können auch nicht als Vorratsbeschlüsse in diesem Sinne interpretiert werden. Eine Bereitschaftserklärung der Bundesregierung wie vor allem auch die in der Presse bereits angedeuteten Vorbereitungsmaßnahmen für einen Kampfeinsatz in Bosnien schaffen ein illegales Präjudiz und unterlaufen die Souveränität des Parlaments. Sie sind daher einzustellen bzw. zu unterlassen.

